

# Schulzukunft in engem Zeitkorsett

**Campus** | Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben / Reuter warnt vor Kosten / CDU pocht auf Gesamtkonzept

Mit drei Gegenstimmen bei einer Enthaltung beschloss der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung eine Machbarkeitsstudie zu einem Schulcampus der Erhard-Junghans-Schule in Auftrag zu geben.

■ Von Stephan Wegner

Schramberg. Die Studie soll einen Campus an drei Standorten in Schramberg und zwei in Sulgen untersuchen. Dabei geht es um Schulkonzept, Synergieeffekte und Raumprogramm, aber auch um städtebauliche Fragen, die jeweils für die einzelnen Standorte untersucht werden sollen. Auch Grundstücksfragen und Gesamtkostenschätzungen gehören zu der Fragestellung hinzu. Darüber hinaus soll für die einzelnen Alternativen ein Zeitplan errechnet werden. Da das Krankenhausareal wie-

der an die Stadt zurückgefallen war, hatte die CDU noch gebeten, auch diese Areal zumindest auf Eignung für einen Schulcampus prüfen zu lassen.

Von acht Planungs- und Entwicklungsgesellschaften, die aufgefordert worden waren, entsprechende Unterlagen und Honorarkosten einzureichen, haben lediglich drei Gesellschaften ein Angebot abgegeben. Nach Prüfung und Wertung der Unterlagen lag hierbei die Gesellschaft für Umweltplanung (GUS) Stuttgart auf Rang 1. Die GUS hatte 93 400 Euro an Kosten für die Aufgabe kalkuliert. Hierzu wurden außerplanmäßig Gelder in Höhe von 100 000 Euro im Haushalt der Stadt bewilligt.

Der Projektablauf ist eng gezurrt, wie Projektleiterin bei der GUS, Silvia Ress, im Gemeinderat sagte. So soll bereits im Juli der Schlussbericht gegeben werden, im Sep-

tember eine Beratung in den Ratsgremien erfolgen. Die GUS, so machte Ress deutlich, sehe sich als Generalplaner und habe eine enge interne Abstimmung durch Fachleute im eigenen Haus, so gehören neben Ress selbst, die als Pädagogin und Ingenieurin das Projekt leitet, drei weitere Mitarbeiter hinzu.

Clemens Maurer (CDU) bat die GUS trotz ehrgeizigem Zeitplan diesen einzuhalten, »dann sind wir sehr froh«, sagte er. Er bat, dass die Fraktionen über die Abstimmungsschritte informiert werden sollen, »um zur Klärung beizutragen«. Außerdem sah er die Notwendigkeit den Titel des Auftrags anzupassen. Denn es gehe um ein integriertes Konzept, nicht nur um den Neubau einer Schule.

Wie hoch der Schuldenstand der Stadt sei und die Rücklagen, mahnte und erinnerte Jürgen Reuter (fraktionslos). In Tennenbronn ha-

be man die neue Turn- und Festhalle auf der Agenda und die Sanierung des Freibads. Er frage sich, »sind wir auf dem richtigen Weg?«, nicht dass man von etwas überrollt werde, was nicht zu stemmen sei.

Ende des Jahres habe die Stadt noch elf Millionen Euro Rücklagen bei 4,2 Millionen Euro Schulden, zusammen mit den Eigenbetrieben steigt die Schuldenlast aber auf 40 Millionen Euro in der Summe. »Aber hinter der Verschuldung der Eigenbetriebe stehen auch gewisse Werte«, gab Oberbürgermeister Thomas Herzog zu bedenken.

»Wir beschäftigen uns schon lange mit dem Schulstandort, ... wir werden die Entscheidung mittragen, haben aber auch Bedenken«, brachte Tanja Witkowski die Meinung von SPD/Buntspecht auf den Punkt. Mittlerweile sei ein halbes Jahr vergangen, andere seien bereits am Bauen und würden Fakten

schaffen. Seien die ersten Jahrgänge weg, werde man Mühe haben deren Geschwister wieder zurückzuholen.

Auch bei den Kosten von 100 000 Euro gebe Bedenken, aber »die Machbarkeitsstudie nimmt uns die Entscheidung nicht ab, wir hoffen dass das beauftragte Büro die richtigen Schwerpunkte setzt und erwarten, dass die Vorarbeit der Schulentwicklungsgruppe mit einbezogen wird. Es geht darum, welche Bildungschancen unsere Kinder haben und wo es hingehet«, machte sie deutlich. In der Gesamtbetrachtung dürfe auch die Berneckschule nicht vergessen werden, die als Grundschule »von den Räumen her an die Grenzen stößt«.

Eine Verzögerung wollte OB Herzog indes nicht erkennen, das Prozedere dauere eben seine Zeit und er könne die Aussage nicht stehen lassen, dass »sechs Monate nichts passiert« sei.